

Inhaltsübersicht

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Vorwort</i>	VII
<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XI
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXVII
A. Das Mandat des Strafverteidigers	1
I. Der Wahlverteidiger	1
II. Die Pflichtverteidigung	21
III. Zulässiges und unzulässiges Verteidigerhandeln	46
IV. Die Vergütung des Verteidigers	67
B. Verteidigung im Ermittlungsverfahren	86
I. Der erste Kontakt zum Mandanten und Sofortmaßnahmen des Verteidigers	86
II. Informationsbeschaffung	106
III. Verteidigungsziel: Vermeidung einer Hauptverhandlung	129
IV. Die Äußerung des Mandanten zur Sache	140
V. Die Abwehr prozessualer Zwangsmaßnahmen im Ermittlungs- verfahren	152
VI. Verteidigung des inhaftierten Beschuldigten	164
C. Verteidigung im Zwischenverfahren	179
I. Sinn und Zweck des Zwischenverfahrens	179
II. Ablauf des Zwischenverfahrens	180
III. Inhalt der Anklageschrift	181
IV. Folgen der Mangelhaftigkeit der Anklageschrift	183
V. Entscheidung des Gerichts	181
VI. Verteidigungsaktivitäten im Zwischenverfahren	185
D. Verteidigung in der Hauptverhandlung	191
I. Die Vorbereitung der Hauptverhandlung	191
II. Die Verteidigung in der Hauptverhandlung	247
E. Strafbefehlsverfahren und beschleunigtes Verfahren	347
I. Strafbefehlsverfahren	347
II. Das beschleunigte Verfahren	355

Inhaltsübersicht

F. Verteidigung im Rechtsmittelverfahren	360
I. Allgemeine Grundsätze	360
II. Beschwerde	369
III. Berufung	373
IV. Revision	379
 <i>Verzeichnis der Muster</i>	393
<i>Literaturverzeichnis</i>	397
<i>Stichwortverzeichnis</i>	409

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Vorwort</i>	VII
<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XI
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXVII

A. Das Mandat des Strafverteidigers

I. Der Wahlverteidiger	1
1. Der Abschluss des Anwaltsvertrages	1
2. Berufsrechtliche Pflichten bei der Mandatsübernahme	2
3. Die Vollmacht	2
4. Mandantendaten	4
5. Daten der Verfahrensbeteiligten	5
6. Erklärungen über die Entbindung von der Schweigepflicht	5
7. Mandatsbedingungen	6
8. Die Vergütung	8
9. Die Ablehnung des Mandates	9
a) Mandatsablehnung wegen des Gegenstandes des Mandates?	10
b) Mandatsablehnung wegen der dem Verteidiger intern offenbarten Schuld des potentiellen Mandanten?	11
c) Exkurs: Aufgaben der Strafverteidigung im Gefüge des Strafverfahrens	11
aa) Verteidiger als Garant für ein faires, rechtsstaatliches Verfahren	11
bb) Der Verteidiger als streng parteilicher Beistand und der Zweifelssatz	13
cc) Fazit	14
d) Mandatsablehnung aus rechtlichen Gründen	14
e) Mandatsablehnung aus anderen Gründen	15
10. Die Vertragspflichten des Verteidigers	15
a) Die Sachaufklärungspflicht	16
b) Die Pflicht zur Akteneinsicht	16
c) Pflicht des Verteidigers zu eigenen Ermittlungen?	16
d) Die Pflicht zur umfassenden Rechtsprüfung	17
e) Beratungs- und Belehrungspflicht	17
11. Die zivilrechtliche Haftung des Strafverteidigers	18

II. Die Pflichtverteidigung	21
1. Das Wesen der Pflichtverteidigung	21
2. Der Zustand der Pflichtverteidigung	22
3. Die Fälle der notwendigen Verteidigung	23
a) Der Katalog des § 140 Abs. 1 StPO	23
b) Die notwendige Verteidigung nach der Generalklausel des § 140 Abs. 2 StPO	25
aa) Die Schwere der Tat	25
bb) Schwierigkeit der Sach- oder Rechtslage	26
cc) Exkurs: Das „Recht“ des Beschuldigten aus § 147 Abs. 7 StPO	27
dd) Verteidigungsunfähigkeit	28
ee) Notwendige Verteidigung im Jugendstrafverfahren	29
4. Die Bestellung des Pflichtverteidigers	30
a) Die Auswahl des Verteidigers	30
aa) Interessenkollision als „wichtiger Grund“	31
bb) Der „auswärtige“ Pflichtverteidiger	32
cc) Das Problem des „Zwangsverteidigers“	33
dd) Die Auswahl des Pflichtverteidigers bei fehlender Bezeichnung durch den Angeklagten	34
b) Rückwirkende und stillschweigende Bestellung des Pflichtverteidigers?	35
5. Die Rücknahme der Bestellung aus „wichtigem“ Grund	36
a) Rücknahme der Bestellung wegen „Missbrauchs“ prozessualer Rechte	37
b) Rücknahme der Bestellung „aus wichtigem Grund“ wegen Terminkollision	39
c) Der vom Beschuldigten gewünschte Pflichtverteidigerwechsel	40
aa) Einseitig gewünschter Pflichtverteidigerwechsel	40
bb) Auswechslung des „aufgedrängten“ Pflichtverteidigers	41
cc) Beidseitig gewünschter Pflichtverteidigerwechsel	41
6. Zeitpunkt der Bestellung – Bestellung im Ermittlungsverfahren	42
a) Die Ansicht des BGH	42
b) Kritik	43
7. Rechtsmittel gegen Entscheidungen über die Verteidigerbestellung	44
III. Zulässiges und unzulässiges Verteidigerhandeln	46
1. Einleitung	46
2. Die rechtliche Stellung des Verteidigers	47
a) Die Organtheorie	47
b) Die eingeschränkte Organtheorie	48
c) Parteiinteressenvertretertheorie (auch Vertragstheorie)	48
d) Fazit	49
3. Die Kasuistik der h.M. hinsichtlich der Strafvereitelung gem. § 258 StGB und verwandter Delikte	49

a) Grundsätzliches	49
b) Kontakt mit dem Mandanten	50
aa) Auskunft	50
bb) Beratung	50
cc) Kontakt mit dem inhaftierten Mandanten	51
dd) Information des Mandanten über den Akteninhalt	52
c) Kontakt zu Zeugen und Strafantragsberechtigten	53
d) Unterdrückung, Verfälschung und Vernichtung von Sachbeweisen ..	54
4. Ehrdelikte	55
a) Meinungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	56
aa) Werturteile	56
bb) Tatsachenbehauptungen	56
cc) Vermischung von Tatsachen und Werturteilen	57
b) Schranken der Meinungsfreiheit	58
c) Wahrnehmung berechtigter Interessen gem. § 193 StGB	59
d) Sachlichkeitsgebot gem. § 43a Abs. 3 BRAO	60
e) Fazit	60
5. Geldwäsche durch die Annahme von Verteidigerhonorar	60
a) Ansatzmöglichkeiten zur Begrenzung des Tatbestands	61
aa) Tatbestandslösung	61
bb) Vorsatzlösung	62
cc) Rechtfertigungslösung	62
b) Keine Einschränkung der Verteidigerstrafbarkeit nach der Rspr. des <i>BGH</i>	62
c) Die Korrektur durch das <i>BVerfG</i>	63
6. Verteidigerausschluss gem. §§ 138a ff. StPO	64
a) Anwendungsbereich der Regelungen des Verteidigerausschlusses ..	64
b) Die Ausschlussgründe	64
c) Das Ausschlussverfahren	66
d) Die Entscheidung über den Verteidigerausschluss	67
IV. Die Vergütung des Verteidigers	67
1. Die gesetzliche Vergütung	67
a) Die gesetzliche Vergütung des Wahlverteidigers	67
aa) Die Kriterien des § 14 RVG	68
(1) Umfang der anwaltlichen Tätigkeit	68
(2) Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit	69
(3) Bedeutung der Angelegenheit	69
(4) Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Auftraggebers	69
(5) Haftungsrisiko des Anwalts	70
bb) Die einzelnen Gebühren des RVG	70
(1) Die Grundgebühr gem. Nr. 4100 VV RVG	70
(2) Die Verfahrensgebühren	71

(3) Terminsgebühren	71
(a) Termine außerhalb der Hauptverhandlung	71
(b) Hauptverhandlungstermine	71
(4) Zuschläge bei der Verteidigung des inhaftierten Mandanten	72
(5) Erledigungs- oder Befriedigungsgebühr (Nr. 414I VV RVG)	72
b) Die gesetzliche Vergütung des Pflichtverteidigers	72
c) Der Anspruch des Wahlverteidigers auf Zahlung eines Vorschusses ..	74
d) Die Pauschalgebühr	76
2. Die Vergütungsvereinbarung	79
a) Die formellen Voraussetzungen der Vergütungsvereinbarung	79
b) Der Mindestinhalt der Vergütungsvereinbarung	79
c) Die Arten der Vergütungsvereinbarung	80
aa) Pauschalgebühr	80
bb) Zeitvergütung	81
cc) Kombination von Zeit- und Pauschalvergütung	82
dd) Vereinbarung eines mehrfachen Satzes der gesetzlichen Vergütung	83
d) Das Urteil des BGH vom 27.1.2005 und seine Konsequenzen	83

B. Verteidigung im Ermittlungsverfahren

I. Der erste Kontakt zum Mandanten und Sofortmaßnahmen des Verteidigers	86
1. Der Mandant „auf freiem Fuß“	86
a) Gegenstand des Mandats	86
b) Information und Beratung des Mandanten	87
aa) Kurzer Exkurs zum Schweigerecht des Beschuldigten	88
bb) Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht	88
cc) Ladung zur Vernehmung und zur erkennungsdienstlichen Behandlung	90
(1) Beweisverwertungsverbot bei Verletzung des Verteidiger- konsultationsrechtes?	91
(2) Geltung des Zweifelssatzes bei dem Nachweis von Verfahrensverstößen?	93
(3) Exkurs: Fernwirkung von Beweisverwertungsverboten	95
c) Durchsetzung der Anwesenheit des Verteidigers bei der ED-Behandlung	96
2. Kontaktaufnahme zu dem Mandanten in Untersuchungshaft	97
a) Besonderheiten des Haftmandats	97
b) Formalien der Mandatsanbahnung beim inhaftierten Mandanten	98
c) Belehrung und Beratung des inhaftierten Mandanten	99

3. Kontaktaufnahme zu dem sich in Polizeigewahrsam befindlichen Mandanten	100
a) Beratung des Mandanten über seine Rechte als Beschuldigter	100
b) Fundamental wichtig: Sofortiges Erscheinen des Verteidigers bei der Polizei	100
4. Kontaktaufnahme zu dem „durchsuchten“ Mandanten	101
a) Telefonische Erstberatung des Mandanten	101
b) Verteidigungsmaßnahmen am Durchsuchungsort	102
II. Informationsbeschaffung	106
1. Akteneinsicht	106
a) Zeitpunkt der Akteneinsicht und Rechtsmittel bei ihrer Versagung ..	106
aa) Akteneinsicht als Grundlage jeder Verteidigung	106
bb) Antrag auf Gewährung von Akteneinsicht	106
cc) Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei Versagung der Akteneinsicht	108
dd) Zulässigkeit der Beschwerde gegen Entscheidungen des erkennenden Gerichts betreffend das Akteneinsichtsrecht?	108
ee) Strategien bei Verweigerung der Akteneinsicht	110
(1) Durchsetzung des Akteneinsichtsrechts beim Vollzug von Untersuchungshaft	111
(2) Durchsetzung der Akteneinsicht bei Beschwerde gegen strafprozessuale Grundrechtseingriffe	113
b) Umfang der Akteneinsicht: Auch Einsicht in polizeiliche „Spurenakten“?	114
c) Behandlung der Akten	115
aa) Exkurs: Mitteilung des Akteninhalts bei drohender Zwangsmaßnahme?	116
bb) Umfang des anzufertigenden Aktenauszuges	117
d) Arbeit mit den Akten	118
2. Der Mandant als Informationsquelle	119
3. Zeugen als Informationsquelle	121
a) Das Recht des Verteidigers auf Befragung von Zeugen	121
b) Der Umgang des Verteidigers mit Zeugen	122
aa) Schriftliche oder mündliche Zeugenbefragung?	122
bb) Zeugenbelehrung und Aufzeichnung der Befragung	124
4. Die Beauftragung von Sachverständigen	125
a) Grundsätzliches	125
b) Psychologische Hürden	125
c) Ermittlung des geeigneten Sachverständigen	126
d) Die Kostenfrage	126
e) Kurzer Exkurs: Das Problem der Schweigepflicht des Sachverständigen	127
5. Sonstige Ermittlungen des Verteidigers	127

III. Verteidigungsziel: Vermeidung einer Hauptverhandlung	129
1. Die Einstellung des Ermittlungsverfahrens	129
a) Einleitung	129
b) Einstellung mangels hinreichenden Tatverdachts gem. § 170 Abs. 2 StPO	129
aa) Argumentation gegenüber der Staatsanwaltschaft	129
bb) Einlassung im Ermittlungsverfahren	131
cc) Beweisanträge im Ermittlungsverfahren	131
c) Einstellung aus Opportunitätsgründen	133
aa) Allgemeines	133
bb) Einstellung wegen geringer Schuld gem. § 153 StPO	134
cc) Einstellung gegen Auflagen und Weisungen gem. § 153a StPO	135
dd) Einstellung durch Teilverzicht auf Strafverfolgung gem. §§ 154 f. StPO	137
ee) Einstellung bei Schadenswiedergutmachung gem. § 153b StPO	137
ff) Resümee	137
2. Strafbefehlsverfahren	138
IV. Die Äußerung des Mandanten zur Sache	140
1. Verteidigung durch Reden oder durch Schweigen?	140
2. Der Grundsatz: Schweigen!	141
3. Der schweigende Angeklagte	143
4. Zurechnung von Erklärungen des Verteidigers?	144
a) Verteidigererklärungen in der Hauptverhandlung	144
b) Erklärungen tatsächlicher Art im Verteidigerschriftsatz	144
c) Beweisbehauptungen als Äußerung zur Sache?	144
5. Der teilschweigende Angeklagte	145
6. Zeitpunkt der Äußerung zur Sache	145
a) Weiterer Grundsatz: Vorherige Akteneinsicht	145
b) Äußerung im Ermittlungs- und Zwischenverfahren	145
c) Äußerung in der Hauptverhandlung	146
7. Art und Weise der Äußerung zur Sache	147
a) Äußerung im Ermittlungsverfahren	147
b) Äußerung in der Hauptverhandlung	148
aa) Persönliche Vernehmung des Angeklagten	148
bb) Verlesung einer schriftlichen Einlassung	149
cc) Schriftliche Einlassung als verlesbare Urkunde	150
V. Die Abwehr prozessualer Zwangsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren	152
1. Einleitung	152
2. Erkennungsdienstliche Behandlung	153

a)	Voraussetzungen	154
b)	Prüfung des Zweckes der Maßnahme	154
c)	Das Vorgehen gegen die Anordnung der erkennungsdienstlichen Behandlung	155
d)	Vernichtung erkennungsdienstlicher Unterlagen	156
e)	Sonderproblem: Gegenüberstellung zur Identifizierung	157
3.	Durchsuchung und Beschlagnahme	159
a)	Verteidigungsaktivitäten bei laufender Durchsuchung	159
b)	Rechtsmittel gegen die Durchsuchung	160
4.	Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	162
VI.	Verteidigung des inhaftierten Beschuldigten	164
1.	Grundsätzliches	164
2.	Informationsbeschaffung in Haftsachen	165
3.	Die Voraussetzungen der Untersuchungshaft und Verteidigungs- ansätze	166
a)	Formell wirksamer Haftbefehl	166
b)	Dringender Tatverdacht	167
c)	Verhältnismäßigkeit der Untersuchungshaft	170
d)	Haftgründe	171
aa)	Flucht	171
bb)	Fluchtgefahr	171
cc)	Verdunkelungsgefahr	173
dd)	Schwere der Tat	174
ee)	Wiederholungsgefahr	174
ff)	Untersuchungshaft im Jugendstrafverfahren	175
4.	Rechtsbehelfe gegen Anordnung und Vollzug von U-Haft	175
a)	Grundsätzlich: Wann soll der Verteidiger gegen die Untersuchungs- haft vorgehen?	175
b)	Die Haftprüfung auf Antrag des Beschuldigten	176
c)	Die Haftbeschwerde	177
d)	Haftprüfung des OLG gem. §§ 121 f. StPO	177
e)	Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls im Hauptverfahren	178

C. Verteidigung im Zwischenverfahren

I.	Sinn und Zweck des Zwischenverfahrens	179
1.	Die Theorie	179
2.	Die Praxis	179
3.	Kritik am Rechtsinstitut	179
II.	Ablauf des Zwischenverfahrens	180
III.	Inhalt der Anklageschrift	181

IV. Folgen der Mangelhaftigkeit der Anklageschrift	183
1. Die Auffassung der h.M. in Rspr. und Lit.	183
2. Kritik	184
V. Entscheidung des Gerichts	185
1. Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	185
2. Eröffnung des Hauptverfahrens	185
VI. Verteidigungsaktivitäten im Zwischenverfahren	186
1. Grundsätzliches	186
2. Einzelne Verteidigungsmaßnahmen im Zwischenverfahren	187
a) Einwände gegen formelle Mängel der Anklage	187
b) Geltendmachung von Verfahrenshindernissen	188
c) Einwände gegen die Subsumtion des Sachverhaltes unter das Strafgesetz	188
d) Einwände gegen den hinreichenden Tatverdacht	188
e) Mitteilung einer (geplanten) Einlassung	189
f) Anregung, das Verfahren aus Opportunitätsgründen einzustellen	189
g) Beweis Antrag im Zwischenverfahren	189
3. Resümee	190

D. Verteidigung in der Hauptverhandlung

I. Die Vorbereitung der Hauptverhandlung	191
2. Definition des Verfahrensziels	192
3. Erarbeitung einer Verteidigungsstrategie	192
a) Sockelverteidigung	192
b) Grundlegende Weichenstellung: Strafmaßverteidigung oder Freispruchverteidigung	194
4. Umsetzung der Verteidigungsstrategie bei der Vorbereitung der Hauptverhandlung	196
a) Einreichung einer Verteidigungsschrift	196
aa) Ankündigung einer Einlassung	196
bb) Darlegung der Verteidigungsargumente	197
cc) Erörterung schwieriger Sach- und Rechtsfragen	197
dd) Beweis anträge	200
ee) Geltendmachung von Beweisverwertungsverböten	201
b) Stellen vorbereitender prozessualer Anträge	202
aa) Einleitung	202
bb) Antrag auf Reisekostenvorschuss	203
cc) Antrag auf Beiziehung eines Dolmetschers	203
dd) Antrag auf Pflichtverteidigerbestellung	204
ee) Anträge betreffend die Terminierung	204
ff) Antrag auf Mitteilung eines Ladungsplans	207

c) Vorbereitung prozessualer Anträge	208
aa) Einleitung	208
bb) Zuständigkeitsrügen	208
(1) Einführung	208
(2) Sachliche Zuständigkeit	209
(3) Örtliche Zuständigkeit	210
(4) Funktionelle Zuständigkeit	211
(5) Taktische Erwägungen	212
cc) Besetzungsrüge	212
(1) Allgemeines	212
(2) Besetzungsmittelteilung und Unterbrechungsantrag zur Prüfung der Besetzung	213
(3) Prüfung der Gerichtsbesetzung	214
(a) Allgemeines	214
(b) Berufsrichter	215
(c) Schöffen	216
(4) Zeitpunkt und Form der Besetzungsrüge	217
(5) Taktische Überlegungen	218
dd) Der Ablehnungsantrag	220
(1) Einleitung	220
(a) Grundsätzliches	220
(b) Abzulehnende Verfahrensbeteiligte	222
(c) Ablehnungsberechtigte	222
(2) Ablehnungsgründe	223
(a) Allgemeines	223
(b) Ablehnung wegen eines gesetzlichen Ausschluss- grundes	223
(c) Ablehnung wegen der Besorgnis der Befangenheit	223
(3) Zeitpunkt des Ablehnungsantrages	225
(a) Zeitpunkt der Ablehnung des ausgeschlossenen Richters	225
(b) Zeitpunkt der Ablehnung wegen der Besorgnis der Befangenheit	225
(aa) Der Zeitpunkt des § 25 Abs. 1 StPO	225
(bb) „Unverzügliche“ Ablehnung gem. § 25 Abs. 2 StPO	226
(4) Ablehnungsverfahren	229
(a) Ablehnungsantrag	229
(b) Das Enthaltensamkeitsgebot des § 29 StPO	230
(c) Die dienstliche Äußerung des abgelehnten Richters gem. § 26 Abs. 3 StPO	230
(d) Entscheidung über den Ablehnungsantrag	231
ee) Aussetzungsanträge	235

(1) Allgemeines	235
(2) Aussetzungsantrag wegen Ladungsmängel	236
(a) Nichteinhaltung der Ladungsfrist	236
(b) Mängel bei der Ladung des inhaftierten Angeklagten ...	237
(3) Aussetzung wegen Nichtgewährung der Akteneinsicht oder unzureichender bzw. verspäteter Akteneinsicht	239
(4) Wegen verspäteter oder unzureichender Namhaftmachung von Zeugen	240
ff) Anträge zur Sitzordnung	241
gg) Antrag auf Nichtverlesung des Anklagesatzes	243
hh) Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit	245
ii) Beweisanträge	246
d) Beratung des Mandanten in Bezug auf die Hauptverhandlung	246
II. Die Verteidigung in der Hauptverhandlung	247
1. Einführung	247
2. Ablauf der Hauptverhandlung im Überblick	248
3. Verfahrensgrundsätze in der Hauptverhandlung	249
a) Öffentlichkeitsgrundsatz	249
b) Mündlichkeitsgrundsatz	249
c) Unmittelbarkeitsgrundsatz	250
4. Der Deal	251
a) Einführung	251
b) Der Deal in der Rspr. des <i>BGH</i>	252
c) Der Verteidiger dealt	253
d) Das Gesetz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren ...	254
5. Die Verspätung des Verteidigers	257
6. Das äußere Erscheinungsbild des Verteidigers	257
7. Das äußere Erscheinungsbild des Mandanten	257
8. Anwesenheit des Angeklagten	258
a) Grundsatz	258
b) Ausbleiben des Angeklagten	258
c) Ausnahmen von der Anwesenheitspflicht	258
9. Sitzordnung	261
10. Anträge zum Beginn der Hauptverhandlung	264
11. Vernehmung zur Person	265
12. Verlesung des Anklagesatzes	266
13. Das „opening statement“	266
14. Vernehmung des Angeklagten zur Sache und ihre Surrogate	267
15. Einführung früherer Erklärungen des Angeklagten in die Beweisaufnahme	267
a) Verlesung von Vernehmungsniederschriften und Vernehmung der Verhörsperson	267
b) Beweisverwertungsverbote	268

16. Die Beweisaufnahme	272
a) Grundsätzliches	272
b) Streng- und Freibeweisverfahren	272
c) Gerichtliche Aufklärungspflicht	273
d) Numerus clausus der Beweismittel	274
aa) Der Zeugenbeweis	275
(1) Zeugenbegriff	275
(2) Ausschluss des Zeugenbeweises aufgrund der Verfahrensrolle	276
(a) Beschuldigter und Mitbeschuldigter	276
(b) Die weiteren Verfahrensbeteiligten	276
(3) Zeugenpflichten und deren Einschränkungen	277
(a) Erscheinspflicht	277
(b) Aussagepflicht	278
(c) Eidespflicht	279
bb) Sachverständigenbeweis	279
(1) Begriff des Sachverständigen	279
(2) Gegenstand des Sachverständigenbeweises	280
(3) Auswahl des Sachverständigen	281
(4) Ablehnung des Sachverständigen	282
cc) Urkundenbeweis und Augenschein	285
(1) Gegenstand und Unterschied von Urkunden- und Augenscheinsbeweis	285
(2) Zulässigkeit des Urkundenbeweises – Vorrang des Personalbeweises	286
e) Beweisverwertungsverbote	287
(1) Beweisverbote	287
(2) Unterteilung der Beweisverbote	287
(3) Die „Abwägungslehre“ der Rspr.	288
f) Das Beweisantragsrecht	288
aa) Der Beweisantrag	288
(1) Einleitung	288
(2) Definition des Beweisantrages	289
(3) Die Bestandteile des Beweisantrages	290
(a) Beweistatsache	290
(b) Beweismittel	293
(aa) Sachverständiger	293
(bb) Zeugenbeweis	294
(cc) Urkundenbeweis	295
(dd) Augenscheinsbeweis	295
(c) Die „Konnexität“	296
(4) Bedingter Beweisantrag und Hilfsbeweisantrag	297
bb) Form des Beweisantrages	298

cc) Zeitpunkt des Beweisantrages	299
dd) Beweisermittlungsantrag und Beweisanregung	300
ee) Entscheidung über den Beweisantrag	301
(1) Allgemeines	301
(2) Die Ablehnungsgründe	302
(a) Unzulässigkeit der Beweiserhebung, § 244 Abs. 3 S. 1 StPO	303
(b) Offenkundigkeit der Beweistatsache, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	303
(c) Bedeutungslosigkeit der Beweistatsache, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	303
(d) Erwiesensein der Beweistatsache, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	303
(e) Völlige Ungeeignetheit des Beweismittels, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	304
(f) Unerreichbarkeit des Beweismittels, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	304
(g) Verschleppungsabsicht, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	304
(h) Wahrunterstellung, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	305
(i) Ablehnung der Vernehmung eines Sachverständigen, § 244 Abs. 4 StPO	306
(aa) Eigene Sachkunde des Gerichts, § 244 Abs. 4 S. 1 StPO	306
(bb) Ablehnung des Antrages auf Vernehmung eines weiteren Sachverständigen, § 244 Abs. 4 S. 2 StPO	306
(j) Ablehnung der Einnahme eines Augenscheins, § 244 Abs. 5 S. 1 StPO	308
(k) Ablehnung der Vernehmung eines Auslandszeugen, § 244 Abs. 5 S. 2 StPO	308
(l) Präses Beweismittel und Selbstladungsrecht	309
g) Verteidigeraktivitäten in der Beweisaufnahme	312
aa) Die Zeugenvernehmung	312
(1) Einführung	312
(2) Zeugenbelehrung	313
(a) Allgemeine Belehrung des Zeugen	313
(b) Belehrung nach § 52 StPO	313
(c) Belehrung von Berufsheimnisträgern (§§ 53, 53a StPO)?	314
(d) Vernehmung von Richtern und Beamten und Aussagegenehmigung nach § 54 StPO	315
(e) Belehrung über das Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO	317

(3) Ablauf der Vernehmung	321
(a) Befragung zur Person	321
(b) Vernehmung zur Sache	321
(aa) Zweiteilung der Vernehmung	321
(bb) Vorhalte	323
(cc) Das Fragerecht	324
(dd) Die Beanstandung von Fragen	326
(4) Das Fragerecht des Verteidigers	328
(a) Befragungstechnik	328
(b) Sonderproblem: Befragung von Polizeibeamten	329
(c) Reaktionen auf Störungen des Fragerechts	331
(5) Vereidigung und Entlassung des Zeugen	334
bb) Die Vernehmung des Sachverständigen	336
cc) Gegenüberstellungen in der Hauptverhandlung	338
17. Festschreibung von Beweisergebnissen	340
a) Einleitung	340
b) Antrag auf wörtliche Protokollierung	341
c) Der affirmative Beweisantrag	342
d) Die Einlassung des Mandanten als nach § 249 StPO verlesbare Urkunde	342
18. Der Schlussvortrag	343
19. Letztes Wort	346
20. Verteidigung vor und nach der Urteilsverkündung	346

E. Strafbefehlsverfahren und beschleunigtes Verfahren

I. Strafbefehlsverfahren	347
1. Charakter des Strafbefehlsverfahrens	347
2. Voraussetzungen für den Erlass eines Strafbefehls	347
a) Zulässigkeit	347
b) Zuständigkeit	348
c) Festsetzbare Rechtsfolgen	348
3. Inhalt des Strafbefehls	348
4. Verfahrensablauf	349
5. Einspruch	350
6. Hauptverhandlung nach Einspruch	351
7. Übergangsmöglichkeiten von der Hauptverhandlung ins Strafbefehlsverfahren	353
8. Vor- und Nachteile des Strafbefehlsverfahrens	353
9. Verteidigungsgrundsätze im Strafbefehlsverfahren	354
II. Das beschleunigte Verfahren	355
1. Allgemeines	355

2. Zulässigkeit	356
3. Eignung	356
4. Form	357
5. Gericht	357
6. Ladung, Hauptverhandlung und Rechtsmittel	358
7. Hauptverhandlungshaft	359
8. Resümee	359

F. Verteidigung im Rechtsmittelverfahren

I. Allgemeine Grundsätze	360
1. Zulässigkeit des Rechtsmittels	360
a) Statthaftigkeit	360
b) Beschwer	361
aa) Beschwer der Staatsanwaltschaft	361
bb) Beschwer des Beschuldigten/Angeklagten	361
c) Frist und zuständiges Gericht	362
d) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	362
e) Begründung des Rechtsmittels	363
2. Vorsorgliche und unbestimmte Einlegung von Rechtsmitteln gegen Urteile	363
3. Wirkung der Rechtsmittel	365
4. Verbot der reformatio in peius	366
5. Beschränkung des Rechtsmittels	366
6. Rücknahme und Verzicht	367
7. Wahl des Rechtsmittels gegen ein Urteil	367
II. Beschwerde	369
1. Statthaftigkeit	369
2. Statthaftigkeit der Beschwerde gegen Entscheidungen des erkennenden Gerichts	370
a) Akteneinsicht	370
b) Terminverlegung	370
c) Pflichtverteidigung	371
3. Zuständigkeit	372
4. Einlegung der Beschwerde	372
5. Entscheidung	372
6. Sofortige Beschwerde	373
7. Weitere Beschwerde	373
III. Berufung	373
1. Vorbereitung des Berufungsverfahrens	373
2. Berufungsbegründung und Zeitpunkt der Beschränkung der Berufung ..	375

3. Berufungshauptverhandlung	375
a) Ausbleiben des Angeklagten	376
b) Vortrag des Berichterstatters und Verlesung des Urteils erster Instanz	377
c) Beweisaufnahme	378
d) Schlussvortrag	379
IV. Revision	379
1. Beratung des Mandanten	379
2. Zulässigkeit der Revision	380
a) Statthaftigkeit	380
b) Beschwerde	381
c) Frist und Form der Revisionseinlegung	381
d) Frist und Form der Revisionsbegründung	382
3. Die Revisionsbegründung	382
a) Der Revisionsantrag	382
b) Die Revisionsgründe	383
aa) Verfahrensrüge	383
bb) Relative Revisionsgründe	384
cc) Absolute Revisionsgründe	385
dd) Sachrüge	387
4. Die Entscheidung des Revisionsgerichts	389
a) Beschluss	389
aa) Beschluss durch den iudex a quo	389
bb) Beschluss durch das Revisionsgericht	390
b) Urteil	390
c) Inhalt der Entscheidung	390
<i>Verzeichnis der Muster</i>	<i>393</i>
<i>Literaturverzeichnis</i>	<i>397</i>
<i>Stichwortverzeichnis</i>	<i>409</i>